

Inhaltsverzeichnis

FDP Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 06. März 2016



Thema	Seite
Vorwort	1
Schule u. Weiterbildung	4
Haushalts- u. Finanzpolitik	10
Stadtentwicklung	14
Kunst u. Kultur	18
Mobilität u. Verkehr	23
Wirtschaftspolitik	27
Bürgergesellschaft	32
Sozialpolitik	35
Flüchtlingspolitik	37
Gesundheitspolitik	39
Öffentliche Sicherheit	42
Frauenpolitik	45
Umweltpolitik	47
Fassung: Programmparteitag 22.01.16	

Vorwort

Sehr verehrte Darmstädterinnen,
sehr verehrte Darmstädter,

die vor uns liegende Wahlperiode ist geprägt von großen Herausforderungen. Die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Integration ankommender Flüchtlinge, die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für sichere Arbeitsplätze in unserer Region und einer kontinuierlichen Ausweitung der Investitionen in Bildung machen deutlich, dass es künftig ein einfaches „Weiter so“ nicht geben kann. Wer Wohlstand, soziale Sicherheit und die geschaffenen Werte des Einzelnen und der Gemeinschaft erhalten will, der muss sich diesen Herausforderungen stellen und ihre Meisterung offensiv angehen.

Unsere Heimatstadt Darmstadt ist eine Stadt mit großen Möglichkeiten und Chancen! Darmstadt ist eine einzigartige Stadt im Herzen der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Als Oberzentrum des Wirtschaftsraums Südhessens zeichnet sich Darmstadt vor allem durch seine Funktionsvielfalt aus. Unsere Stadt ist nicht nur Standort führender Wirtschaftsunternehmen sondern auch Heimat zahlreicher international anerkannter kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen. Darmstadt ist Wissenschaftsstadt, eine Stadt der Künste und eines der Technologiezentren Europas. Darmstadt ist untrennbar mit den Begriffen Wirtschaft und Wissenschaft verbunden. Neben der weltweit anerkannten Technischen Universität, den Hochschulen und Fachhochschulen, gibt es in Darmstadt eine hohe Dichte an Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitskräften. Der vielfältige Arbeitsmarkt, die vielfältigen kulturellen Angebote und die vielfältigen Freizeitmöglichkeiten machen Darmstadt zur Heimat für Menschen verschiedener Altersgruppen, mit unterschiedlichen Lebenskonzepten und Zielvorstellungen. Diese Vielfalt und Hinwendung zu Innovation und Fortschritt hat uns geholfen, die Folgen der Krise in Darmstadt abzumildern. Die optimalen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung in unserer Stadt sind

vorhanden.

All dies dürfen wir jedoch nicht als selbstverständlich hinnehmen. In einer polyzentrisch organisierten Region standen und stehen wir in Darmstadt in einem harten Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Attraktivität als Wohnort. Daher müssen diese guten Rahmenbedingungen Ansporn und Antrieb für uns alle sein, aus den gegebenen Möglichkeiten das Beste für Darmstadt und seine Bürger zu erreichen. Deswegen will die FDP sich nicht damit zufrieden geben, darauf hinzuweisen, dass wir besser da stehen als andere. Wir wollen jetzt handeln, damit dies auch in Zukunft so bleibt.

In den vergangenen Jahren haben wir Liberale bereits bewiesen, dass wir in der Lage sind, eine uns anvertraute Verantwortung wahrzunehmen und Leistung zu erbringen. Neben einer tragfähigen Verkehrsplanung und Stadtentwicklung, einer zukunftsweisenden Ausrichtung der kommunalen Schulpolitik gehört hierzu auch eine verantwortungsvolle und problembewusste Haushalts- und Finanzpolitik. Die aktuellen Herausforderungen kann die Politik aber nicht allein meistern. Die Stadtgesellschaft muss sich auf ihre Fähigkeiten besinnen, sich eigenverantwortlich zu organisieren und Problemlösungen nicht ausschließlich der Kommune zu überlassen. Bürgerschaftliches Engagement und die Bereitschaft Verantwortung für sich und andere zu tragen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft unserer Stadt. Nur wenn alle bereit sind, ihren Beitrag zu leisten, sich nach ihren Möglichkeiten und mit ihren Fähigkeiten im Interesse der Gemeinschaft einzubringen, können wir alle erfolgreich sein. Wir setzen auf die aktive Bürgergesellschaft und das Engagement jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Darmstadt geht uns alle an!

Die Darmstädter FDP wird sich mit ganzer Kraft der Bewältigung dieser Herausforderungen widmen und alles daran setzen, dass sich Darmstadt auch in Zukunft als Wirtschafts- und Forschungsstandort dem Wettbewerb der Regionen in Hessen, Deutschland und Europa

selbstbewusst stellen kann. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Darmstadt seine Potentiale abrufte, seine Stärken erkennt und verwertet und so die sich bietenden Chancen ergreift und ausnutzt.

Geben Sie deshalb am 6. März Ihre Stimme der FDP – für eine lebenswerte Zukunft in einer lebenswerten Stadt.

Leif Blum

Kreisvorsitzender

Schule und Weiterbildung

Bildungsort Darmstadt für individuelle Förderung

Bildung ebnet nicht nur jedem einzelnen Bürger den Weg in ein selbstbestimmtes Leben gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sondern schafft auch für Darmstadt die Basis einer zukunftsorientierten Entwicklung. Fähigkeiten, Fertigkeiten, und neue Ideen können sich umso dynamischer entwickeln, je höher das Bildungsniveau in der kommunalen Gemeinschaft ist.

Beste Bildung umfasst Wissens- und Methodenvermittlung sowie die Erziehung zu den Werten Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Marktwirtschaft, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht, unabhängig vom sozialen Hintergrund, jedem Menschen offen steht.

Frühkindliche Bildung

Damit unsere Kinder die besten Chancen haben, müssen schon Krippen und Kindergärten gute und alters angemessene Bildungseinrichtungen sein. Der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vermindert Diskriminierungsgefahren gegenüber Familien mit Kindern, sondern ist gleichzeitig für die FDP ein Mehr an Freiheitschancen. Um die individuelle Begabung und die persönlichen Interessen der Kinder zu fördern, zielt liberale Politik auf eine professionelle Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Deshalb setzt sich die FDP in Darmstadt auch weiterhin für den konsequenten weiteren Ausbau der frühkindlichen Erziehung und Betreuungsangebote – insbesondere für die Sprach- und Leseförderung von Kindern – , der Hortbetreuung in den Schulferien und der ganztägig arbeitenden Schulen ein. Die Eigeninitiativen von Eltern und Schulfördervereinen sind dabei unterstützen.

Vielfalt und Qualität erhalten

Bildungsvielfalt und Qualität sind Kennzeichen der Darmstädter Schullandschaft, die als solche erhalten und ausgebaut werden muss. Die FDP lehnt eine Einheitsschule ab und will stattdessen in Darmstadt jede Schulform stärken und damit Bedingungen setzen, die Schülern und Auszubildenden die Aneignung von Wissen und die Wahl der richtigen Bildungsschwerpunkte erleichtert. Auch Grundschulen und gymnasiale Oberstufen wollen wir fördern und nicht wie Grün-Schwarz durch Kürzung der Lehrerzuweisung in der Oberstufe schwächen. Für Darmstadt wird mittelfristig eine positive Bevölkerungsentwicklung prognostiziert und dabei auch ein weiterer Anstieg der Schülerzahlen erwartet, auch unter dem Aspekt der Integration schulpflichtiger Flüchtlinge.

Maßstab für die Bereitstellung von unterschiedlichen Schultypen kann nur die Nachfrage sein, d.h. die Wünsche und Bedürfnisse von Eltern und Schülern. So setzt sich die FDP zum Beispiel aufgrund der hohen Nachfrage nach gymnasialen Schulangeboten dafür ein, dass die Einrichtung zusätzlicher Eingangsklassen an den Gymnasien bedarfsgerecht ermöglicht wird.

Soweit Schulen von ihrem Wahlrecht für eine kürzere oder längere Gymnasialzeit (G8 oder G9) Gebrauch gemacht haben, so werden wir sie auf dem eingeschlagenen Weg unterstützen und begleiten.

Schulentwicklungsplanung

Grundpfeiler der Schulentwicklungsplanung sind für die FDP: Gewährleistung des Elternwillens, ein breites Angebot unterschiedlicher Schulformen, das der Eignung und Befähigung der Schülerinnen und Schüler individuell gerecht wird sowie die Gewährleistung einer größtmöglichen Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen. Eltern und Schülern müssen bei der Wahl von Schule und Bildungsformat größtmögliche Freiräume und Wahloptionen gewährt werden. Die FDP garantiert, dass alle Darmstädter Schulen für Schüler aus allen Stadtteilen zugänglich bleiben.

Der Prozess einer regionalen Bildungsplanung ist weiterzuerfolgen und gemeinsame Schulentwicklungspläne von Stadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg für allgemeinbildende und Berufsschulen anzustreben – aber auf keinen Fall zu Lasten von Schulvielfalt und Wahlfreiheit. Insbesondere ist die Umsetzung des Berufsschulentwicklungsplans am Berufsschulzentrum Nord mit höchster Priorität voranzutreiben, wobei die FDP fordert, dass das Berufsschulzentrum Nord zu einem Hessen Campus entwickelt wird, so dass dort mit der immensen Investition ein zukunftsfähiger Ort des lebenslangen Lernens eingerichtet wird. In diesem sog. Hessen Campus oder Zentrum für lebenslanges Lernen sollen die unterschiedlichen Träger der Erwachsenenbildung wie etwa das Abendgymnasium und die Volkshochschule organisatorisch zusammengefasst werden. Durch die Bündelung, Abstimmung und Verzahnung der Angebote können Bildungsgänge passgenauer ausgerichtet und Synergien gehoben werden. Zur Schaffung eines solchen Bildungszentrums soll die Stadt Darmstadt die Möglichkeit nutzen, sich um finanzielle Unterstützung bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Die Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Fortbildung sind nicht nur wichtig für jeden Einzelnen, sondern sie stellen auch wichtige Standortfaktoren für die Stadt und die hier ansässigen Wirtschaftsunternehmen dar.

Da insbesondere die Gymnasien sowie die Beruflichen Schulen in der Stadt Darmstadt zu einem erheblichen Teil von Schülerinnen und Schülern aus dem Umland, insbesondere dem Landkreis Darmstadt-Dieburg besucht werden, setzt sich die FDP dafür ein, über eine finanzielle Beteiligung des Landkreises zu verhandeln.

Schulbausanierung

Die FDP hat sich in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, die Umsetzung des Schulbausanierungsprogramms deutlich voranzubringen. Auch weiterhin werden wir dafür sorgen, dass in den Darmstädter Schulen durch bestmögliche räumliche und sachliche Ausstattung ein optimales Umfeld geschaffen wird, das zeitgerechtes Lernen und Lehren ermöglicht. Da Technik untrennbar zum Alltag von Schülern dazugehört, soll der

ausreichende Zugang zu Computern, dem Internet, Software und Unterrichtsfilmen an Schulen gesichert werden.

Der Masterplan zur weiteren baulichen Entwicklung der Schulinsel ist konsequent weiter umzusetzen.

Eigenverantwortliche Schule

Mehr Bildungsqualität braucht Planungssicherheit und ein klares Bekenntnis zur Eigenständigkeit der Schulen mit Möglichkeiten der Leistungsdifferenzierung. Die FDP unterstützt die Schulen auf ihrem Weg zu mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Durch freiere Schulbudgets und autonome Ressourcenverantwortung sollen den Schulen zusätzliche Freiheiten bei der Bewirtschaftung ihrer finanziellen Mittel eröffnet werden. Hierzu sind mit den Schulen klare und verbindliche Regelungen zu schaffen, die ein Höchstmaß an Verlässlichkeit für die Schulen bringen.

Inklusiver Schulunterricht

Die FDP befürwortet einen gemeinsamen inklusiven Schulunterricht von Behinderten und Nichtbehinderten. Für die FDP gilt insoweit der Leitsatz: Gemeinsam Lernen so viel wie möglich, getrennte Förderung so viel wie nötig. Nach Auffassung der Liberalen darf sich die Wahl der geeigneten Unterrichtsform ausschließlich am Wohl des einzelnen Kindes orientieren. Pauschale Lösungen lehnt die FDP deshalb ab. Die Entscheidung zur Einführung inklusiven Unterrichts ist für jeden Schulstandort gesondert zu treffen, maßgeblich unter umfassender Beteiligung der schulischen Gremien vor Ort, insbesondere der Schulleitungen und Elternvertretungen. Gegenüber dem Land Hessen ist darauf hinzuwirken, dass Schulen, in denen inklusiver Unterricht stattfindet, in ausreichendem Umfang qualifiziertes Lehrpersonal zur Verfügung gestellt bekommen.

Bildungsinitiativen vor Ort unterstützen

Die FDP will, dass Bildungsinitiativen vor Ort umgesetzt werden können. Bildung lebt gerade vom Engagement von Eltern, Bürgern und Vereinen: egal ob es die private Krippe, ehrenamtliche Nachmittagsbetreuung, Fördervereine von Schulen, der Verein Technischschule Darmstadt, oder das Sportangebot von Vereinen an Schulen ist. Eine weitergehende Öffnung der Schulen für neue Aufgabenfelder im Bildungs- und Sportbereich ist zu fördern und bedürfen der Unterstützung der Zivilgesellschaft. Ehrenamt und Vereinsleben stellen für die FDP die Pfeiler einer lebendigen Bürgergesellschaft dar.

Die Technischschule Darmstadt e.V. ist ein solches Beispiel, die an 8 Darmstädter Grundschulen in Zusammenarbeit mit Freiwilligen ergänzenden Technisch-naturwissenschaftlichen Unterricht in verschiedenen Fachrichtungen anbietet. Ihr Ziel ist es, in Zeiten des technischen Wandels bereits früh Begeisterung für technisch/naturwissenschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Der Unterricht ist kostenfrei und ermöglicht daher Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten daran teilzunehmen. Er wird überwiegend von freiwilligen Unterrichtenden, die von ihren Unternehmen für die Aufgabe freigestellt werden oder pensioniert sind, durchgeführt. Da die Nachfrage der Grundschulen größer ist als derzeit abgedeckt werden kann, wird die FDP sich dafür einsetzen, dass die Technische Universität und die HDA die Technischschule durch die Zurverfügungstellung von entsprechenden Fachleuten unterstützen.

Kompetenz wissenschaftlicher Einrichtungen nutzen

Die kommunale Ebene bietet sich als Plattform für die Zusammenarbeit von Schule, Lehrkräften, Kunst- und Kulturvermittlern sowie Vertretern wissenschaftlicher Institutionen an. Neben den existierenden Institutionsformen, Ämtern und Behörden, aber auch den freien Trägerschaften wie kommerziellen Dienstleistern im Kultur- und Bildungsbereich gilt es, flexible und bewegliche Organisationseinheiten zu schaffen. Die FDP tritt für eine Erweiterung der freiwilligen Kooperationsvereinbarungen zwischen den wissenschaftlichen

Einrichtungen und den Darmstädter Schulen ein. Die Spitzenforschung darf nicht im Elfenbeinturm bleiben, sondern soll bereits an Grundschulen und weiterführenden Schulen vermittelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass unsere Kinder bereits in frühesten Jugend für Technik und Naturwissenschaften begeistert werden. Nur mit innovativen Ideen und Produkten kann ein rohstoffarmes Land wie Deutschland seinen Wohlstand langfristig sichern.

Haushalts- und Finanzpolitik

Prioritäten setzen

Eine solide Finanzausstattung ist Grundvoraussetzung für kommunales Engagement in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und damit Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung. Die notwendigen finanziellen Spielräume sind derzeit jedoch nicht vorhanden. Der städtische Haushalt ist durch eine erdrückende Schuldenlast und daraus resultierende Kapitaldienstverpflichtungen gekennzeichnet. Trotz des Beitritts zu der Schutzschirmvereinbarung des Landes Hessen im Jahr 2012 betrug der Schuldenstand der Wissenschaftsstadt Darmstadt und ihrer Eigenbetriebe zum 31.12.2014 gigantische 671 Mio. Euro. Einen (zumindest) ausgeglichenen Haushalt hat es auch im Jahr 2015 nicht gegeben, die Nettoneuverschuldung steigt kontinuierlich an. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Darmstadt ist ernsthaft gefährdet, die Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben finanziell nicht abgesichert. Die Gewinnung finanzieller Spielräume im städtischen Haushalt und ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger ist daher zentraler Mittelpunkt liberaler Haushaltspolitik. Wir wollen konsequent den Weg der Neuverschuldung beenden und die Altschulden zurückführen. Wir treten für eine generationengerechte Finanzpolitik ein, die den nachfolgenden Generationen nicht immer zusätzliche Belastungen aufbürdet. Dafür benötigen wir eine klare Prioritätensetzung, die zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen unterscheidet. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kinderbetreuung stehen für uns dabei klar an erster Stelle.

Darmstadt hat kein Einnahmeproblem

Darmstadt hat zuvorderst ein Ausgabenproblem. Zunächst sind alle Möglichkeiten der Ausgabenreduzierung zur Konsolidierung des städtischen Haushalts zu nutzen und auszuschöpfen. Die Darmstädter FDP wird sich für eine umfassende Überprüfung der Ausgabenseite einsetzen und drauf drängen, dass vorrangig die zukunftssträchtigen

Ausgaben beispielsweise für die Sanierung der Schulen und Kindergärten, Erhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie die Kosten der Kinderbetreuung abgesichert werden. Klientelgeneigte Sonderprogramme sind einzustellen. Oberstes Ziel der FDP ist der zeitnahe, vollständige Schuldenabbau und die Befreiung des städtischen Haushalts von der erdrückenden Zins- und Tilgungsbelastung.

Intelligent sparen, statt dumm kürzen!

Hierzu bedarf es mehr als nur pauschaler Kürzungen aller Sachausgaben und Sperrungen bei Stellenbesetzungen. Intelligent sparen statt dumm zu kürzen muss die Maxime künftiger Handlungsvorschläge sein. Die FDP wendet sich daher entschieden gegen Sachausgabenkürzungen im Wege der „Rasenmähermethode“. Vielmehr sind sämtliche Ausgaben der öffentlichen Hand im Zuge einer umfassenden Aufgabenkritik kritisch zu hinterfragen und einer Notwendigkeitsprüfung zu unterziehen. Die städtische Ausgabenpolitik muss sich an Notwendigkeiten orientieren. Wünschenswerte, aber nicht notwendige Ausgaben sind konsequent zu streichen.

Die bürgerfeindliche Erhöhung der Hebesätze im Bereich der Grundsteuer durch Grüne und CDU werden wir rückgängig machen. Sollte aufgrund der finanziellen Entwicklungen der Handlungsspielraum eröffnet werden, eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes vorzunehmen, so werden wir dies im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Darmstadt prüfen. Einseitige und zusätzliche Belastungen für einzelnen Branchen lehnen wir ab.

Deregulierung

Im Zuge der vorzunehmenden Aufgabenkritik ist zeitgleich die Restrukturierung und Verschlinkung der Verwaltung voranzutreiben. Hierbei ist auf den Ausbau der Online-Dienstleistungen sowie bürgerorientierte Öffnungszeiten ein besonderer Schwerpunkt zu legen. Die städtische Verwaltung muss sich als Anbieter von Serviceleistungen verstehen. Die FDP sieht in der Verwaltungsmodernisierung und dem Bürokratieabbau eine wesentliche

Zukunftsaufgabe, die dazu dienen soll, dem Bürger mehr Anreize zur Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit zu geben. Das Personalentwicklungskonzept und die Personalvermittlungsstelle sind konsequent zu einem aktiven Organisations- und Personalmanagement zusammenzuführen. Die FDP spricht sich gegen jede Erweiterung des städtischen Stellenplans aus. Die Möglichkeiten der natürlichen Fluktuation innerhalb der Verwaltung sind für eine sozialverträgliche Reduzierung der Verwaltungsstellen zu nutzen.

Kundenfreundliche Verwaltung

Verwaltung soll nach liberalem Verständnis dienen und nicht herrschen. Sie soll dem Bürger offen, kundenorientiert und freundlich gegenüber treten. Dazu zählt auch die transparente und nachvollziehbare Ausgestaltung städtischer Gebühren- und Beitragsordnungen. Die städtischen Gebühren, insbesondere im Bereich Energie-, Abwasser- und Abfallentsorgung, müssen sich strikt an dem Maßstab der Kostendeckung messen lassen und dürfen nicht zur Schaffung verdeckter und gesetzlich nicht gerechtfertigter Einnahmequellen zu Lasten des Bürgers missbraucht werden.

Den Neubau eines zentralen Rathauses am Standort Marienplatz lehnen wir ab.

Städtischer Vermögenshaushalt

Neben allen Konsolidierungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt sind jedoch auch die Positionen des Vermögenshaushaltes kritisch zu hinterfragen. Vermögen, welches nicht der Erfüllung städtischer Kernaufgaben dient, ist konsequent zu veräußern. Dies gilt auch für Liegenschaften und öffentliches Wohneigentum. Die hierbei zu erzielenden Veräußerungserlöse sind ausschließlich für die Tilgung von Altschulden oder aber für Reinvestitionsmaßnahmen zu verwenden.

Professionelles Beteiligungsmanagement

Die FDP hat bei ihrer letzten Regierungsbeteiligung maßgeblich dafür gesorgt, dass erstmals in Darmstadt ein professionelles und an strategischen Zielen orientiertes

Beteiligungsmanagement aufgebaut und implementiert worden ist. Wir wollen dieses Beteiligungsmanagement in Zukunft weiter entwickeln. Über die Einführung eines steuerlichen Querverbundes innerhalb des Stadtwirtschaftskonzerns werden wir die Einnahmehasis des Konzerns verbreitern. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an privatwirtschaftlichen Unternehmen bedarf stets der besonderen Rechtfertigung und ist auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Daher werden wir konsequent an der Überprüfung des Beteiligungsportfolios mit dem Ziel der weiteren Reduzierung der Anzahl von städtischen Beteiligungen arbeiten. Dabei wollen wir das Beteiligungsspektrum der Stadt Darmstadt auf solche Beteiligungen reduzieren, die ausschließlich dem Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zuzurechnen sind. Sollte eine Prüfung ergeben, dass für eine bestehende Beteiligung keine Gründe aus der Daseinsvorsorge heraus bestehen, so ist die Entflechtung und Veräußerung anzustreben. Die Erlöse sind zu einem Teil der Schuldentilgung der Stadt zuzuführen, zum anderen aber auch der Reinvestition in die Schaffung verbesserter Infrastrukturen in den Bereichen der Bildung, Schule und Kinderbetreuung. Darüber hinaus müssen sich die Aktivitäten der Eigenbetriebe auf ihre jeweiligen Kernaufgaben beschränken.

Stadtentwicklung

Darmstadt ist eine Stadt mit besten Zukunftsaussichten.

Dies sollte in der Stadtentwicklung nachhaltig berücksichtigt werden. Die günstige Lage und die hervorragende Anbindung an die umgebenden Ballungsräume und Wirtschaftszentren sowie die Ausprägung als Oberzentrum der Region machen Darmstadt zu einem attraktiven und gefragten Wohnstandort. Diese Faktoren und die hohe Wohn- und Lebensqualität prägen und fördern auch Darmstadts Stellung als Wirtschafts- und Forschungsstandort.

Demografischer Wandel

Künftige Maßnahmen in der Stadtentwicklung müssen zwingend Rücksicht auf die sich verändernde Struktur der Bevölkerung nehmen und dabei auch und insbesondere auch den Belangen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen. Ziel sollte es hierbei jedoch nicht nur sein, die Auswirkungen des demographischen Niedergangs zu gestalten, sondern diesem gezielt entgegenzuwirken, im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für eine aktive Bevölkerungspolitik auf kommunaler Ebene. Die Stadtpolitik sollte ihren Beitrag dazu leisten, dass Darmstadt ein attraktiver Wohnort für junge Familien mit Kindern wird. Die Region Südhessen sieht sich mittelbar nicht mit dem Problem einer Bevölkerungsschrumpfung konfrontiert, wohl aber einem Wandel in der Zusammensetzung der Bevölkerung ausgesetzt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Bundesprojekt „Alter schafft neues – Aktiv im Alter“, das im Stadtteil Wixhausen sehr erfolgreich durchgeführt wurde, auch in stadtweiten folgenden Prozessen verwertet werden. Seniorinnen und Senioren sollen hier angesprochen werden, sich bei der Entwicklung seniorengerechter lokaler Strukturen zu beteiligen. Alle künftigen Investitions- und Entwicklungsvorhaben müssen sich nach Auffassung der FDP einem sog. „Demografie-Check“ unterziehen. Jedes Vorhaben muss daraufhin überprüft werden, ob es

den lokalen Anforderungen unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklungen des demografischen Wandels hinreichend Rechnung trägt.

Mehr Weitblick

Die Bemühungen für qualitätsvolles Bauen sollten weiter ausgeweitet und gestärkt werden, um die in Darmstadt in vielfältiger Weise vorhandene stadtplanerische und stadtgestalterische Expertise einzubinden. Die Arbeit des Gestaltungsbeirats wollen wir weiter fortführen. Seine Zielsetzung und Zusammensetzung ist zu überprüfen.

Ziel sollte hierbei die Festlegung städtebaulicher Leitbilder sein, die eine Rückgewinnung von urbanem Flair in Kernbereichen des Stadtzentrums ermöglichen. Zentral für diese Fragestellung ist hierbei die Revision des Planungsansatzes der autogerechten Stadt.

Darüber hinaus sollten gezielt stadtbildprägende Plätze und für Stadtbesucher und Bewohner als prägend wahrgenommene Orte (Point de vue) wie Stadteingänge (z.B. die Rheinstraße) gezielt gestaltet werden. Die Gestaltung des Straßenraumes sollte hierbei in einer visuell korrespondierenden Beziehung zur Architektur der umgebenden Bebauung stehen.

Friedensplatz

Die FDP setzt sich auch weiterhin für eine stadtgestalterische Neuordnung des Friedensplatzes zwischen Weißem Turm, Schloss und Landesmuseum ein. Hierbei soll insbesondere die Sichtachse zwischen Weißen Turm und Landesmuseum wieder hergestellt werden.

Attraktive Wohnräume

Darmstadt stößt in seinen stadtplanerischen und städtebaulichen Konzeptionen aufgrund verschiedener äußerer Faktoren an vorhandene Grenzen. Eine Ausdehnung des Stadtgebietes in der Fläche ist nahezu ausgeschlossen. Dennoch muss es gelingen auch weiterhin attraktiven und finanzierbaren Wohnraum für die Menschen in der Stadt, auch und gerade für junge Familien, zu schaffen sowie die Angebote für ein qualitätsvolles Wohnen in

der Innenstadt zu erweitern und zu verbessern. Es sind auch Freiräume für alternative Lebens- und Wohnkonzepte zu eröffnen. Eine einseitige Ausrichtung der Planungspolitik auf verträgliche Maßnahmen der Verdichtung lehnt die FDP ab.

Dabei lehnen wir die Planungen des Bebauungsplanes O 17.2 (Edelsteinviertel) ab.

Stattdessen wird sich die FDP für die Einrichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes im Edelsteinviertel einsetzen.

Förderprogramme der EU stärker nutzen

Obwohl die EU für den Bereich Stadtentwicklung keine originäre Zuständigkeit besitzt, gibt es vielfache Struktur-Förderprogramme. Die Territoriale Agenda, die auf einem Informellen Rat in Leipzig 2007 verabschiedet wurde, hat zum Ziel, durch Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu mobilisieren. Weiterhin soll durch die bessere und innovative Nutzung der räumlichen Vielfalt die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt gestärkt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern soll Europa näher gebracht und ihre Skepsis gegenüber europäischen Institutionen soll überwunden werden. Die FDP setzt sich dafür ein, solche Programme der EU wie zum Beispiel Urbact, u.a. in Zukunft konsequent zur qualitativen städtebaulichen Weiterentwicklung von Darmstadt zu nutzen.

Konversion

Die FDP möchte den begonnenen Prozess der Konversion der ehemals militärisch genutzten Flächen in eine zivile Nutzung zur Schaffung neuer Wohngebiete und neuer Gewerbeflächen zügig weiter entwickeln. Daher werden wir die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung weiter vorantreiben und auf eine rechts- und planungssichere Grundlage stellen. Für die Neunutzung der Flächen im Bereich der Cambrai-Fritsch-Kaserne werden wir zeitnah einen städtebaulichen Wettbewerb ausloben, der die Rahmenbedingungen neuer Wohnnutzungen festlegt. Hierbei ist den

vielfältigen Ansprüchen der Menschen an Wohnraum Rechnung zu tragen. Einseitige und ideologisch motivierte Planungsszenarien lehnen wir ab. Neben Geschosswohnungsbau und Raum für alternative Wohnformen, etwa generationenübergreifendes Wohnen, muss auch hinreichend Platz für ein ausreichendes Angebot an freistehenden Einfamilienhäusern berücksichtigt werden. Dabei wollen wir erreichen, dass der Konversionsprozess als eine der bedeutendsten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen so transparent wie möglich gestaltet wird. Hierzu gehören für uns unverzichtbar auch planungsverträgliche Instrumente der aktiven Bürgerbeteiligung.

Gleiches gilt auch für die Konversion des ehemaligen Klinik-Geländes in Darmstadt-Eberstadt.

Bauleitplanung

Der begonnene Prozess der Schaffung planungssicherer Grundlagen für die weitere, auch kleinräumige Stadtentwicklung durch das Aufstellen von Bebauungsplänen ist behutsam fortzuführen. Hierbei gilt der Grundsatz „So wenig Bauleitplanung wie möglich, so viel wie nötig“. Eine bevormundende und gängelnde Bauleitplanung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Verpflichtende Regelungen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus, etwa im Bereich der energetischen Standards oder der objektbezogenen Energiegewinnung sind für die FDP kein probates städteplanerisches Instrument.

Kunst & Kultur

Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und Selbstverwirklichung des Einzelnen. Sie vermitteln die Grundwerte einer freien Zivilgesellschaft und dienen damit nicht nur dem Individuum, sondern der ganzen Gesellschaft. Ein vielfältiges, reichhaltiges und hochwertiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in einer Stadt. Darüber hinaus ist Kultur auch ein gewichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Vielfältiges Kulturleben

Darmstadt beherbergt eine Vielzahl von renommierten landeseigenen und städtischen Kultureinrichtungen, die über Darmstadt hinaus national und international bekannt sind, wie das Staatstheater, das Landesmuseum, das Institut Mathildenhöhe, das Jazzinstitut, das Internationale Musikinstitut, Akademie für Tonkunst, Hessen-Design, Deutsches Poleninstitut, Akademie für Sprache und Dichtung, PEN-Club und Literarischer März. Darüber hinaus tragen die Freie Theaterszene, der Kunstverein, die Darmstädter Sezession, die Centralstation und viele städtische Kultureinrichtungen zur Vielfalt und zum Ruf Darmstadt als „Stadt der Künste“ bei.

Kulturfonds Frankfurt-Rhein-Main

Der Kulturfonds Frankfurt-Rhein-Main ist für Darmstadt eine große Chance. Mit der Einlage von 2 Euro pro Einwohner, sowie der Verdoppelung der Gesamtsumme durch das Land Hessen, konnten in Darmstadt gefährdete Institutionen stabilisiert und weiterentwickelt werden. Diese Kooperation erweitert den Kulturetat der Stadt um fast 2 Millionen Euro.

Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen & Stadtmarketing

Wir wollen für die nächsten Jahre eine noch bessere Werbung und Vermarktung der kulturellen Angebote in Darmstadt und eine noch engere Zusammenarbeit über die Grenzen der Sparten, mit Hochschulen, der Wirtschaft, dem WKZ und der Tourismuswerbung der Stadt.

Theaterszene

Die Darmstädter Theaterszene wird vom Staatstheater dominiert. Das frisch sanierte Staatstheater und die Neugestaltung der Büchner-Anlage als Theatervorplatz wurden national wahrgenommen und gelobt. Das Staatstheater bildet das Kernstück der Theaterszene.

Neben dem Staatstheater ist Darmstadt jedoch auch Heimat einer ausgeprägten und differenzierten Freien Theaterszene. Diese muss stabilisiert und weiter entwickelt werden.

Die Vernetzungen mit dem Staatstheater sind weiter auszubauen und zu verstetigen.

Die FDP wird die finanzielle Förderung der freien Theaterszene auf dem bisherigen Niveau erhalten. Darüber hinaus wird sich die FDP auf Landesebene für eine Neuordnung der Finanzierung der Staatstheater einsetzen und einen eigenen Finanzierungsbeitrag der Umlandkommunen einfordern. Hierdurch eingesparte Finanzmittel sind zur weiteren Förderung der freien Theaterszene zu verwenden.

Ensemble Mathildenhöhe

Die FDP unterstützt den Prozess der Bewerbung der Mathildenhöhe als UNESCO-Weltkulturerbe und wird diesen konsequent fortführen. Hierzu gehören auch die erforderlichen Bauleitplanungsmaßnahmen im Rahmen der Entwicklung eines Bebauungsplans für die Mathildenhöhe als auch die konzeptionelle Überlegung für eine Bebauung des Osthangs. Die FDP wird hierfür einen städtebaulichen Wettbewerb ausloben. Die durch den Umzug des Deutschen Polen-Instituts in das Stadtschloss frei werdenden Jugendstilvillen auf der Mathildenhöhe sollen mit dem Institut Mathildenhöhe und der

Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in eine noch engere und bessere Kooperation eintreten.

Residenzschloss

Das Residenzschloss als Teilbereich der Technischen Universität wird in seiner Erhaltung und Renovierung von der FDP stark unterstützt. Die Öffnung der Schlossbastion für gastronomische Zwecke bleibt eine Forderung der FDP. Die weitere gärtnerische Anlage des Schlossgrabens und die damit verbundene Öffnung für die Allgemeinheit begrüßen wir und werden die TU bestärken, diesen Weg weiter zu verfolgen. Der Umzug des Deutschen Polen-Instituts in die renovierten westlichen Räume des Stadtschlusses wird von der FDP ausdrücklich begrüßt, weil damit die Aufgaben dieses nun 50 Jahre alten Instituts, das der Verbindung und Verständigung von Deutschland und Polen dient, noch besser wahrgenommen werden können.

Schlussmuseum

Die Neukonzeption, Renovierung und Betreuung des Schlussmuseums wird von uns weiter vorangetrieben. Das Nutzungskonzept für das Schloss als Herzstück der Innenstadt muss umgesetzt werden.

Denkmalpflege

Denkmalpflegerische Maßnahmen zur Erhaltung des Paulusplatzes, der Rosenhöhe, des Spanischen Turms und des Mausoleums, sowie der Brunnenanlagen müssen auch mit bürgerschaftlichem Engagement vorangetrieben werden.

Musikszene

Die Musikszene ist vor allem zur Stabilisierung der Akademie für Tonkunst und der Jugendmusikschule evaluiert worden. Die Kooperationen mit Schulen müssen verstärkt werden. Chopin-Gesellschaft, Graupner-Gesellschaft, die Chöre und die Residenzfestspiele

müssen auch mit Hilfe von Sponsoren gefestigt werden. Das Jazzarchiv und das Institut für zeitgenössische Musik brauchen Depoträume, Sicherung der umfangreichen Musikalien und Vernetzung – das kann nur im Konsens von Stadt und Mäzenen geschehen. Die Centralstation muss ihr innovatives Kulturangebot – nach der finanziellen Konsolidierung – mit Kooperationen in der Region sichern, etwa mit dem „Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden“ und dem „Mousonturm“ in Frankfurt.

Literatur

Die Literarischen Vereine und Gesellschaften sollen weiter unterstützt werden.

Die Stadtbibliothek mit ihren großen Angeboten für Erwachsene und vor allem für Kinder ist in ihrem Angebot zu stabilisieren und weiter auszubauen. Dies gilt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch für die Stadtteilbibliotheken.

Die von der FDP initiierten Vorleseaktionen für Kinder in Kitas und Schulen sollen in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Lesen“ fortgesetzt werden.

Büchner-Gedenkstätte im Alten Pädagog

Nicht nur Georg Büchner, sondern die Familie Büchner insgesamt, hat mit ihrem vielfältigen Wirken die Entwicklung von Darmstadt und der Region stark geprägt. Dieses umfassende Wirken in vielen gesellschaftlichen Bereichen gilt es in der heutigen Zeit angemessen zu dokumentieren und zu präsentieren. Die FDP setzt sich daher für die Einrichtung einer Büchner-Gedenkstätte in den Räumen des Alten Pädagogs ein, die in Kooperation mit dem Verein des Geburtshauses von Georg Büchner in Goddelau, dem Vereindes Wohnhauses von Wilhelm Büchner in Pfungstadt und der Luise-Büchner-Gesellschaft in Darmstadt arbeiten soll. Insbesondere setzt sich die FDP für die Errichtung eines Luise-Büchner-Denkmal ein.

Netzwerke

Netzwerk – als Ausdruck neuer Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen und privaten Institutionen – ist angesichts der Finanzsituation der Städte die Notwendigkeit der Zeit. Dies muss sich auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, dem Wissenschafts- und Kongress-Zentrum, Wirtschaft, Sozialeinrichtungen und bürgerliches Engagement in den nächsten Jahren ausdehnen. Nur so bleibt Darmstadt auch eine Stadt von Kunst und Kultur!

Mobilität & Verkehr

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Grundlage jeder wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Anbindungen Darmstadts an das überregionale straßen- und schienengebundene Verkehrswegenetz ist folglich auszubauen und zu erweitern.

ICE

Die FDP setzt sich für eine optimale Einbindung Darmstadts in das ICE-

Hochgeschwindigkeitsnetz über die Drehscheibe Fernbahnhof am Flughafen Frankfurt ein.

Im Vordergrund steht für uns eine verkehrlich optimale und räumlich bestverträgliche Anbindung Darmstadts an die wichtigen überregionalen Knotenpunkte in der Region. Die FDP fordert für eine schnelle schienengebundene ÖPNV-Anbindung Darmstadts an den Frankfurter Flughafen und den Fernbahnhof in Verbindung mit einer weiterführenden Trassierung nach Wiesbaden. Die Einrichtung attraktiver Regionalverbindung mit kurzen Fahrzeiten und Zugtaktungen stellt eine zukunftsorientierte Lösung der Gesamtproblematik im Ballungsraum Rhein-Main dar und führt zu einer erheblichen Aufwertung des Darmstädter Hauptbahnhofs.

Parken in der Innenstadt

Die FDP fordert die Ausweitung der Möglichkeiten für kostenfreie Kurzzeitparkmöglichkeiten (sog. Brötchentaste) auf den vorhandenen öffentlichen Parkflächen und ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander von öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr. Die FDP wendet sich strikt gegen die Monopolisierung der Parkhausbewirtschaftung in der Darmstädter Innenstadt und fordert, durch künftige Vergabeentscheidungen mehr Wettbewerb zu eröffnen. Zudem sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Parken in den innerstädtischen Parkhäusern attraktiver,

umweltverträglicher und sicherer zu gestalten. Hierzu zählt unter anderem ein modernes Parkleitsystem.

Keine Erhöhung der Parkgebühren

Die FDP wendet sich strikt gegen die Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung in der Kernstadt und den Stadtteilen.

Das bedeutet mehr Parkgebühren, aber auch hohe Kosten für Anwohnerparken.

Das Johannes- und das Woogsviertel sollen nach dem Willen von Grün-Schwarz Modellquartiere für ein stadtweites Parkraumbewirtschaftungskonzept werden. Um das ganze Konzept umzusetzen, ist die Gründung einer eigenen Gesellschaft geplant. Über die Gebühreneinnahmen will Grün-Schwarz die Kosten finanzieren. Kostenloses Parken würde es auf öffentlichen Flächen in Darmstadt dann bald nicht mehr geben. Geschäfte werden darunter leiden, Rechtsanwälte, Ärzte, Kleinunternehmer und Anwohner. Kaufkraft ginge verloren. Die FDP ist gegen diese autoritäre Aktion!

Intelligente und vernetzte Ampelschaltung

Die geltende Einzelschaltung der Ampel- und Signalanlagen für den ÖPNV darf nicht zu einer unangemessenen Behinderung des Individualverkehrs führen. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses setzt sich die FDP für die Vernetzung aller Ampelanlagen ein, um eine zügige Fahrt innerhalb des Stadtgebiets zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir die Abschaltung von Anlagen in den Nachtzeiten. Aus diesem Grund ist zu überprüfen, welche Signal- und Ampelanlagen in den Nachtstunden, insbesondere ab Mitternacht, überhaupt in Betrieb sein müssen.

Gleichberechtigung des Individualverkehrs

Die FDP wird sich für ein gleichberechtigtes Miteinander von ÖPNV und Individualverkehr einsetzen. Um die Innenstadt jedoch von unnötigem Verkehr zu entlasten sind an den großen Einfallstraßen *park and ride* Parkplätze einzurichten.

Den Bedürfnissen von Fußgängern und Radfahrern ist durch eine bedarfsgerechte Anlage und Planung von Fuß- und Radwegen Rechnung zu tragen, die mögliche Konfliktpunkte bereits im Vorfeld erkennen und vermeiden muss. Die zusammenhanglose Einrichtung von Fahrradstraßen lehnen wir ab.

Straßensanierung

Die FDP wird den erheblichen Investitionsstau im Bereich der Straßensanierung beheben und kontinuierlich zurückführen. Anhand der vorhandenen Straßenzustandsberichte muss zu Beginn der Wahlperiode ein verbindlicher Sanierungsplan aufgestellt werden, der mit den entsprechenden Investitionsmitteln zu hinterlegen ist. Dieser Sanierungsplan ist für die Dauer der Wahlperiode verbindlich und sukzessive abzuarbeiten. Bei den erforderlichen Straßenbaumaßnahmen sind soweit möglich, die notwendigen Kanalsanierungsarbeiten mit zu erledigen.

Umgehungsstraße

Die FDP bekennt sich zum dringenden Erfordernis des Baus einer weiträumigen Umgehungsstraße als einer der tragenden Säulen der regionalen Verkehrsentwicklung. Hierzu werden wir unverzüglich Gespräche mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und den Umlandkommunen aufnehmen. Ohne Nordostumgehung ist zu wenig!

Die von Grün-Schwarz propagierte Straßenbahnlinie nach Groß-Zimmern ist erwiesenermaßen unrentabel und bietet keine Lösung für den Güter- u. Warenverkehr.

Verkehrsdrehscheibe Ostbahnhof

Wegen des Fehlens einer Umgehungsstraße muss die vorhandene Infrastruktur ertüchtigt werden. Schwerpunkt dabei soll die Region um den Ostbahnhof sein. Hier muss der vorhandene Verkehr aus dem Osten und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg aufgenommen, an Darmstadts Bedürfnisse angepasst werden und umgekehrt. Bahnpassagiere, Autoinsassen, Motorradfahrer, Motorrollerfahrer, Radfahrer und Fußgänger sollen Zielgruppe

dieser Adaptionenmaßnahmen sein. Um den Ostbahnhof herum gibt es noch Freiflächen, um solch eine Drehscheibe umweltverträglich zu entwickeln. Parkraum kann bereitgestellt, ein Umsteigen auf ÖPNV ermöglicht werden. Der Parkraum darf nicht zu teuer sein. Sowohl die Innenstadt Darmstadt als auch Frankfurt in der Ferne stellen Zielgebiete, Destinationen dar. Individuelle Bedürfnisse sind bei der Vernetzung unabdingbar. Ausbau und Aufbau von Car-Sharing-Station, Support der E-Mobilität, Reaktivierung der Straßenbahnlinie zum Luisenplatz, Taxi-Station, Installation eines Fahrradverleihs, Verbesserung des ÖPNV, freie und individuelle Wahl des Verkehrsmittels, sind tragende Elemente einer solchen Entwicklung.

Umgestaltung der Frankfurter Straße auf der Höhe der Firma Merck

Die FDP tritt ein für eine einvernehmliche Lösung mit den Einwohnern des Stadtteils Arheilgen und fordert eine bürgernahe Entscheidung, die auch den Anliegen der Betroffenen gerecht wird. Der verkehrlichen Bedeutung der Frankfurter Straße für die Erschließung des Stadtteils Arheilgen ist in jedem Falle Rechnung zu tragen.

Wirtschaftsförderung

Den Wirtschaftsstandort Darmstadt zu erhalten, auszubauen und zu stärken muss vorrangiges Ziel einer zukunftsorientierten kommunalen Wirtschaftspolitik sein. Politik, auch Kommunalpolitik, kann wirtschaftliches Wachstum nicht schaffen, sie kann und muss jedoch die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass es den Unternehmen gelingt, Wachstum und Arbeitsplätze zu generieren. Dabei ist es unabdingbare Voraussetzung, auf die Bedürfnisse von Unternehmen, bestehenden und solchen mit Neuansiedlungsgedanken, einzugehen und diesen Bedürfnissen entgegenzukommen.

Verfügung kommunaler Gewerbeflächen

Die FDP setzt sich auch weiterhin für die Schaffung schneller und unbürokratischer Strukturen für die Genehmigungsverfahren bei Neuansiedlungs- und Investitionsvorhaben ein. Und zwar durch die Schaffung von Servicecentern als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen im Verkehr mit den städtischen Behörden, die eine koordinierte Bearbeitung durch die involvierten Fachdienststellen sicherstellen. In Kooperation mit dem beim Regierungspräsidium Darmstadt angesiedelten Einheitlichen Ansprechpartner wollen wir auch bei der städtischen Wirtschaftsförderung eine zentrale Anlaufstelle etablieren.

Verbesserung der örtlichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Zudem setzt sich die FDP für eine kundenorientierte und verbraucherfreundliche Gewerbekultur ein, in dem unter anderem die Möglichkeit gegeben und gefördert wird, die Freiräume des Ladenschlussgesetzes weitestgehend auszuschöpfen.

Standortmarketing

Die Stärken Darmstadts müssen im Rahmen eines professionellen Stadt- und Standortmarketings offensiv vermarktet und hervorgehoben werden. Die Strukturen des City-

Marketing e.V. und der Darmstadt Marketing GmbH wollen wir kontinuierlich fortentwickeln und dabei noch bestehende Doppelstrukturen abbauen. Die Integration der Vermarktung von touristischen und kulturellen Angeboten ist zu verstärken.

Die FDP bekennt sich zur Einbindung Darmstadts in die Standortmarketingaktivitäten der Rhein-Main-Region. Wir verstehen Darmstadt als einen wertvollen Bestandteil des Ballungsraums Frankfurt und wollen auch international für diesen werben. Dabei sind die Vermarktungsstrategien der Region und des Landes über die HessenAgentur und Hessen Trade&Invest fester Bestandteil unseres kommunalen Standortmarketings.

Innenstadtgestaltung & Stärkung des Einzelhandels

Kernstück einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung muss jedoch die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt und die Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels sein. Die Gewährleistung einer kunden-, familien- und kinderfreundlichen sowie erlebnisorientierten Einkaufsatmosphäre ist vorrangiges Ziel kommunaler Einflussnahme auf die Gestaltung der Innenstadt.

Hierzu bedarf es einer guten und unkomplizierten Erreichbarkeit der Innenstadt mit allen Verkehrsmitteln, der Schaffung eines attraktiven und kostengünstigen Parkraumangebotes sowie der aktiven Förderung einer ausgewogenen und vielfältigen Funktionsmischung des innerstädtischen Einzelhandels. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten des kostenfreien Kurzzeitparkens in der Innenstadt erweitert werden und auf die Mollerstadt übertragen werden.

Die FDP setzt auf die freiwillige Mitarbeit der betroffenen Wirtschaftsvertreter und Immobilieneigentümer und auf deren Bereitschaft, sich zur Wahrung und Förderung ihrer eigenen Interessen inhaltlich und wirtschaftlich an Strukturverbesserungsmaßnahmen zu beteiligen. Die Einführung von Zwangsverbänden und Zwangsgemeinschaften lehnt die FDP

jedoch strikt ab. Wir werden uns für die Organisation eines gemeinsamen, freiwilligen Lieferservice des Darmstädter Einzelhandels unter Führung der IHK und des Stadtmarketings einsetzen.

Die FDP bekennt sich zur Neuansiedlung eines Lebensmitteleinkaufsmarktes im Ortskern von Eberstadt.

Gewerbevereine

Neben der zentralen Entwicklung für die gesamte Stadt ist der Gewerbeentwicklung in den einzelnen Stadtteilen besonderes Augenmerk zu schenken. Die FDP bekennt sich zur Struktur der dezentralen Gewerbevereine in den einzelnen Stadtteilen als einer der tragenden Säulen wirtschaftlicher Entwicklung und Zusammenarbeit in unserer Stadt. Wir wollen die bisherige Unterstützung für die Darmstädter Gewerbevereine in vollem Umfang aufrechterhalten. Das Zentrenkonzept für den Einzelhandel ist beizubehalten und bedarfsgerecht fortzuentwickeln.

Ausweisung von Gewerbeflächen

Zur zielgerichteten Entwicklung vorhandener Gewerbeflächen wollen wir ein Gesamtkonzept „Ansiedlungspolitik“ entwickeln. Neben einer ausführlichen Bestandsaufnahme der freien Gewerbeflächen soll dieses auch konzeptionelle Erwägungen für eine strukturierte Neuansiedlung von Gewerbebetrieben enthalten. Wir wollen im Rahmen einer konsequenten Cluster-Politik dafür sorgen, dass sich in Darmstadt auch künftig Unternehmen aus Innovations- und Zukunftsbranchen ansiedeln.

Kooperation zwischen Wirtschaft & Wissenschaft

Die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind zu erweitern und auszubauen. Darmstadt ist als renommierter Wissenschaftsstandort prädestiniert für die Förderung von Technologietransferzentren, in denen die Ergebnisse innovativer Forschungstätigkeiten für die Belange der Wirtschaft nutzbar gemacht werden können.

Die FDP unterstützt jegliche Bemühungen der heimischen Hochschulen im Bereich der Unternehmensausgründungen und der freiwilligen Kooperation mit den ansässigen Unternehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch den Investitions- und Erweiterungsabsichten der in Darmstadt befindlichen wissenschaftlichen Einrichtungen und Instituten jede Form von Unterstützung zukommen zu lassen.

Im Rahmen einer aktiven Technologie- und Gründerförderung wollen wir gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Kreditwirtschaft einen „Darmstädter Innovationsfonds“ einrichten, über den junge Unternehmen zinsgünstige Mikrokredite erhalten können, mit denen die Aufbauphase dieser Unternehmen unterstützt werden soll.

Wir wollen zudem dafür eintreten, dass die bisherigen Bemühungen zur Schaffung von zukunftsorientierten Industrie-Clustern, wie z.B. die Netzwerke rund um das House of IT, sowie das House of Pharma and Healthcare, weiter befördert und aktiv unterstützt wird.

Darmstadt in Europa

Der Einfluss europäischer Richtlinien auf die Gesetzgebung nimmt stetig zu. Die Wirtschaftsregionen Europas stehen untereinander im Wettbewerb. Der Standort Darmstadt muss zur Wahrung seiner Interessen die Entwicklungen in Europa frühzeitig im Blick haben, um die Einflussmöglichkeiten in den europäischen Meinungsbildungsprozessen effektiv nutzen zu können.

Die FDP setzt sich dafür ein, die europäischen Belange in Politik und Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel stärker in den Fokus zu rücken.

Kommunales Vergabe- und Beschaffungswesen

Die FDP hat maßgeblich darauf hingewirkt, dass das Vergabe- und Beschaffungswesen der Stadtverwaltung zeitgemäß weiterentwickelt werden konnte. Durch die Erhöhung der Wertgrenzen für die freihändige Vergabe konnte ein geeignetes Instrumentarium geschaffen

werden, um Verwaltungshandeln wirtschaftlicher, schneller und unbürokratischer zu gestalten. Die FDP hält hieran fest und wird die Durchführung von elektronischen Vergabeverfahren beibehalten.

Die Stadtverwaltung und ihre Eigenbetriebe tragen jährlich mit einem erheblichen Auftragsvolumen zur Wirtschaftskraft Darmstadts und der Region bei.

Das kommunale Vergabe- und Beschaffungswesen muss dabei auch künftig in erster Linie dem Gebot wirtschaftlichen Verwaltungshandelns entsprechen, dies gilt angesichts der äußerst angespannten Haushaltslage der Stadt mehr denn je.

Bürgergesellschaft

Die Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger. Dies gilt in besonderem Maße für das ehrenamtliche Engagement in Sport-, Kultur- und sonstigen Vereinen wie zum Beispiel die AK 55 Plus, Bürgerinitiativen, politische Parteien, Selbsthilfeorganisationen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Stiftungen und anderen freiwilligen Kooperationen. Die FDP will dieses private ehrenamtliche Engagement und die freiwillige Selbstorganisation der Bürger uneingeschränkt ermutigen und fördern. Vereinsförderung und Stärkung des Ehrenamtes sind integraler Bestandteil liberaler Kommunalpolitik, die auf die Initiative des Einzelnen und seine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung setzt. Zur Sicherung, Förderung und Motivation dieses unverzichtbaren Engagements muss diese positive Aktivität möglichst entbürokratisiert sein. Insbesondere stellt das seit dem 01.01.2015 geltende Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohnes Ehrenamtler und Sportvereine vor besonders große Probleme und Unsicherheiten, da es keine rechtssichere Abgrenzung zwischen ehrenamtlichen Tätigkeiten und Beschäftigungen, auf die das Mindestlohngesetz anzuwenden ist, gibt. Die Auswirkungen des Gesetzes erschweren die ehrenamtliche Arbeit in gemeinnützigen Vereinen erheblich. Es schafft Unsicherheiten auf Seiten der ehrenamtlichen Vorstände sowie einen unverhältnismäßigen Prüf- und Dokumentationsaufwand.

Bürgerbeteiligung

Die FDP setzt sich für frühe Information und Mitwirkung der Bürgerschaft ein. Wichtige Projekte der Stadt sollen in quartier- und stadtteilbezogenen Bürgerversammlungen, Fachdiskussionen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Mediations- und Monitoringverfahren in Zukunft vor parlamentarischen Entscheidungen öffentlich durchgeführt werden. Danach erwarten wir aber auch gemäß den Regeln der

repräsentativen parlamentarischen Demokratie von der Bürgerschaft die Akzeptanz der Parlamentsentscheidung der gewählten Stadtverordneten.

Vereinsleben

Die Stadt Darmstadt verfügt über ein vielfältiges Angebot an Vereinen, die alle über ein aktives Vereinsleben verfügen. So vielfältig das Angebot, so zahlreich auch die damit verbundenen Möglichkeiten des Einzelnen für eine aktive Freizeitgestaltung nach Wunsch. Auch diese Vielfältigkeit trägt zur Attraktivität Darmstadts als Wohnstandort maßgeblich bei. Darüber hinaus leisten die Vereine unverzichtbare Arbeit im sozialen Bereich, etwa bei der Integration ausländischer Mitbürger oder der Schulung frühkindlicher Motorik.

Als Beispiel ist hier das geplante Projekt einer Bewegungs- und Ernährungskindertagesstätte auf dem Gelände der Sportgemeinschaft Arheilgen zu nennen. Der Schwerpunkt frühkindlicher Erziehung wird hierbei auf Bewegung und gesunde Ernährung in Kooperation mit einem Sportverein gelegt. Bewegung ist die unabdingbare Voraussetzung für die körperliche, geistige, soziale sowie emotionale Entwicklung von Kindern. Die FDP wird solche Projekte weiter fördern und unterstützen.

Der beschlossene Sportentwicklungsplan ist Grundlage der Weiterentwicklung der Sportförderung.

Für die Heimstättensiedlung und die Konversionsflächen wollen wir eine Sportstättenentwicklungsplanung erarbeiten.

Kooperationen nutzen

Die FDP setzt sich für die Beibehaltung der finanziellen Förderung der Vereinsarbeit über die Sportförderrichtlinien hinaus ein, und tritt für eine nachhaltige Erhöhung der Investitionspauschale für Sportvereine ein, damit sanierungsbedürftige Sportanlagen fachgerecht instandgesetzt werden können. Insbesondere energetische Sanierungsmaßnahmen sind zu fördern. Dennoch erkennen wir, dass es vielen Vereinen immer weniger gelingt, aus eigener Kraft die bestehenden Sportanlagen zu unterhalten und

zu betreiben. Hier wird eine Verbesserung nur erreichbar sein, wenn alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Kooperation genutzt werden. Die FDP wird daher die freiwilligen Bemühungen der Vereine für Kooperationen und Zusammenarbeit fördern und stärken. Finanzielle Anreize sollen dabei helfen, die Möglichkeiten der Kooperationen zu stärken.

Sportkommission

Zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Vereine wird die FDP die Zusammensetzung der Sportkommission des Magistrats ändern und die Anzahl der Vereinsvertreter erhöhen.

„Stadionneubau Böllenfalltor“

Wir werden das begonnene Bauleitplanungsverfahren zur Errichtung eines Neubaus für eine moderne Mehrzweckarena am Standort Böllenfalltor weiter zügig voran treiben.

Dabei werden wir ein Verkehrskonzept erarbeiten, dass die Belastungen für die umliegenden Wohngebiete auf das vermeidbare Minimum beschränkt.

Ein Stadionneubau kann für die FDP jedoch nur dann realisiert werden, wenn eine kostendeckende und tragfähige Investitionskosten- und Businessplanung erarbeitet werden kann. Mehrbelastungen des städtischen Haushalts lehnen wir ab.

Sozialpolitik

Die beste Sozialpolitik ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz.

Jugendpolitik

Bildung und soziale Kompetenz beginnen im Kindergarten. Daher ist für den Kindergartenbesuch insbesondere in Wohnvierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf, aber auch in Migrantenfamilien (Spracherwerb!) zu werben. Ebenso werden wir die soziale Staffelung der Kindergartenbeiträge beibehalten.

Wo in der Schule zusätzliche soziale Probleme auftreten, sind SchulsozialarbeiterInnen und Schulpsychologensinnvoll. Ferner brauchen wir eine gute Hausaufgabenbetreuung. Diese Arbeit können auch Ehrenamtliche machen, und schon manche fördernde Patenschaft hat sich so entwickelt. Auch Jugendverbände und Sportvereine können die Nachmittagsbetreuung und Ferienspiele in den Schulen erfolgreich gestalten. Als Anerkennung hat sich die Jugendleiterkarte (Juleika) bewährt. Nicht zu vergessen sind die wunderbaren Projekte wie der Kinderzirkus Datterino und Zirkus Waldoni.

Seniorenpolitik

Die FDP unterstützt den neu gebildeten „Seniorenbeirat“, der sicherlich gute Ideen dem Sozialausschuss und dem Darmstädter Magistrat präsentieren wird.

Unabhängig davon ist eine seniorengerechte Gestaltung der Innenstadt längst überfällig. Dazu zählen z.B. stolperfreie Asphaltwege auf dem Luisenplatz, die regelmäßige Präsenz des Ordnungsamtes gegen Belästigungen und das Aufstellen von Bänken.

Wohnungspolitik

Leider ist der preiswerte Wohnraum in Darmstadt knapp geworden. Bei der Umwandlung des ehemaligen Klinikums in Darmstadt-Eberstadt in Wohnraum ist zügiges Handeln gefordert.

Unabhängig davon wäre eine Wiederbelebung der sozialen Wohnungsbauförderung sinnvoll. Als Bauherren ist hier nicht nur an den Bauverein, sondern auch an Privatinvestoren gedacht.

Die von Grün-Schwarz beschlossene Erhöhung der Grundsteuer muss rückgängig gemacht werden, denn sie belastet ganz wesentlich die Nebenkosten der Mieter.

Stadtteilbezogene Arbeitskreise wie in Eberstadt und Kranichstein haben sich bewährt und sind zu fördern und fortzuführen. Wir werden prüfen, ob diese erfolgreichen Modelle auch auf andere Stadtteile ausgedehnt werden können.

Flüchtlingspolitik

Die Inkompetenz der Bundesregierung und die mangelhafte Unterstützung durch das Land haben auch in Darmstadt dazu geführt, dass der Zustrom von Flüchtlingen zu großen Belastungen führt.

Die FDP dankt den vielen ehrenamtlichen Helfern von Rotem Kreuz, Freiwilligen Feuerwehren, vielen anderen Organisationen und Einzelpersonen, deren selbstlose Mithilfe überhaupt erst ermöglicht hat, den bisherigen Ansturm in Darmstadt einigermaßen reibungslos zu bewältigen.

Die grundsätzlichen Entscheidungen zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sind Bundesthema und bei einer Kommunalwahl nicht zu beeinflussen. Die Kommunen sind aber die Ebene, auf der die Folgen getragen werden müssen. Sei es mit der Belegung von Sporthallen und Bürgerhäusern, mit finanzieller Belastung des städtischen Haushalts und der Verwaltung und weiteren Engpässen im Wohnungsmarkt.

Die FDP sieht die Notwendigkeit, die bisher in Darmstadt erfolgreich betriebene dezentrale Unterbringung teilweise durch größere Einheiten zu ergänzen und dafür auch Immobilien zu erwerben. Eine überbeuerte Anmietung wird abgelehnt.

Es ist mehr als sinnvoll, wenn die Flüchtlinge bei Renovierung und Unterhalt der Unterkünfte mitarbeiten. Hierzu sollten alle rechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden.

Absolut notwendig ist die verpflichtende Teilnahme an Kursen zur sprachlichen und beruflichen Qualifizierung und einer klaren Orientierung über die hier geltenden Gesetze und kulturellen Hintergründe. Dazu gehört besonders der Schwerpunkt Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Die von vielen Freiwilligen bereits jetzt angebotenen Kurse bedürfen dringend der organisatorischen Unterstützung durch die Verwaltung und besserer Ausstattung der

Schulungsräume. Um allen die Teilnahme zu ermöglichen, muss gegebenenfalls auch eine Kinderbetreuung organisiert werden.

Gesundheitspolitik

Eine qualitativ hochwertige und bedarfsorientierte Versorgung im Gesundheitsbereich ist für die kommunale Daseinsvorsorge von zentraler Bedeutung. Auch hier ist dem demografischen Wandel einer älter werdenden Gesellschaft in besonderem Maße Rechnung zu tragen.

Die FDP bekennt sich zu einem gesundheitspolitischen Leitbild, das Gesundheitsförderung, Gesundheitserziehung und Krankheitsprävention als Querschnittsaufgabe definiert, die in allen kommunalen Politikfeldern angemessen zu berücksichtigen sind.

Darmstadt verfügt über leistungsfähige, eigenständige Krankenhäuser.

Dem Klinikum Darmstadt kommt dabei als Maximalversorger für die medizinische Infrastruktur Darmstadts und der Region eine zentrale Bedeutung zu. Zahlreiche Zertifikate in folgenden medizinischen Bereichen sind ein Beleg für die Erfüllung umfangreicher Qualitätsvorgaben: ChestPain Unit, Diabetologie, Endometriosezentrum, Gefäßzentrum, Gynäkologisches Krebszentrum Darmstadt, Hauttumorzentrum, Nephrologische Schwerpunktambulanz, Südhessisches Brustzentrum Darmstadt, Überregionale Stroke Unit, Überregionales Traumazentrum.

Die Klinikum Darmstadt GmbH kann aber ihre gute stationäre Versorgung nur aufrechterhalten, wenn ausreichend gutes Pflege- und ärztliches Personal mitarbeitet und adäquate Arbeitszeiten sowie entsprechende Vergütung eingehalten werden.

Die FDP hat maßgeblich und mit Erfolg darauf hingewirkt, die Klinikum Darmstadt GmbH strukturell an den Erfordernissen neu auszurichten und wichtige Weichenstellungen für deren Zukunftsfähigkeit vorzunehmen. Diesen eingeleiteten Konsolidierungsprozess werden wir bei diesem kommunalen Unternehmen fortführen.

Das Klinikum Darmstadt ist das am stärksten wachsende Krankenhaus in Hessen. Durch den Erwerb der beiden katholischen Krankenhäuser Marienhospital und St. Rochus –

Krankenhaus (Dieburg) sowie der Errichtung des Zentralen Neubaus wird das Klinikum strategisch gestärkt und für die Zukunft gerüstet sein. Die FDP unterstützt die Zusammenlegung der beiden Klinikstandorte Darmstadt und Eberstadt in der Innenstadt im Rahmen des Zentralen Neubaus, um weitere Optimierungsreserven freizusetzen. Wir treten deshalb auch dafür ein, dass sich die Klinikum Darmstadt GmbH weiterhin in der Region verstärkt vernetzt und mit anderen Krankenhäusern kooperiert.

Das Alicehospital ist ein traditionsreiches und leistungsfähige Krankenhaus, das ursprünglich aus dem Alice Verein für Krankenpflege (1867) hervorgegangen ist. Als Belegarztkrankenhaus hat es eine wunderbare Verzahnung der prästationären Versorgung mit der stationären Behandlung, und auch die postoperative Versorgung ist im Belegarztsystem meist in der gleichen fachärztlichen Hand. Insbesondere genießt die kardiologische Klinik einen überdurchschnittlich guten Ruf. Ergänzt wird das Spektrum dieses Hauses durch die benachbarten leistungsfähigen Darmstädter Kinderkliniken „Prinzessin Margaret“.

Mit dem von der ev. Kirche getragene Elisabethenstift besitzt Darmstadt ein weiteres, ebenso leistungsfähiges Krankenhaus, in dem klassische Versorgung und Belegarztsystem ergänzend verwoben sind. Insbesondere die psychiatrische Tagesklinik wie auch die Geriatrie und Palliativmedizin sind aus der medizinische Versorgung des Darmstädter Raums nicht mehr wegzudenken.

Seit kurzem gehört auch das Marienhospital, früher in alleiniger katholischer Trägerschaft, zur Klinikum Darmstadt GmbH. Schwerpunkte sind u.a. seine Geburtshilfe und die multinodale stationäre Therapie chronischer Schmerzzustände. Diese Abteilungen werden wir stärken und erhalten.

Die FDP setzt sich, wegen der erfolgreich gewachsenen Strukturen und des Wettbewerbs, für **die** Erhaltung dieser Häuser ein. Sie wird aber Bestrebungen, die auf Zusammenarbeit und Spezialisierung hin zielen, unterstützen, ohne deswegen eine leistungsfähige stationäre Grundversorgung für den „Alltag“ (Unfälle etc.) zu vergessen.

Im ambulanten Bereich brauchen wir die Hausärzte und die Fachärzte. Ihre Zahl und Dichte wird aber nicht von der Stadt Darmstadt bestimmt, sondern der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung. Die FDP begrüßt die freiberufliche ärztliche Tätigkeit und wird – nicht nur bei Engpässen – mit der Kassenärztlichen Vereinigung zusammenarbeiten, auch um die Bedarfsplanung zu überarbeiten. Darmstadt braucht ausreichend Haus- und Fachärzte.

Damit es möglichst erst gar nicht zu Erkrankungen kommt, ist uns Vorsorge sehr wichtig. Die FDP fordert daher schon Gesundheitserziehung in den Kindertagesstätten und den Schulen und wird Sportvereine unterstützen. Insbesondere ist der geplante Sportkindergarten in Arheilgen wichtig genauso wie auch spezielle Gesundheitssportgruppen (Rückenschule, Koronarsportgruppen oder Sportgruppen zur Nachbehandlung von Mammakarzinompatienten.)

Trotz aller Prävention und Therapie wird es leider immer Menschen geben, bei denen jede medizinische Kunst nicht mehr heilen kann. Die FDP möchte, dass die Betroffenen ihre letzten Lebensmonate in Würde und schmerzarm und möglichst zuhause verbringen können und unterstützt daher die palliativmedizinische Versorgung, sei es ambulant, sei es stationär (Hospiz). Ein palliativmedizinisches Netzwerk aus ambulanter Pflege einschließlich ausreichender Schmerztherapie, hausärztlicher Betreuung, Seelsorge und, wenn nötig, stationärer Hilfe, ist notwendig.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Vielfalt & Toleranz

Darmstadt ist eine weltoffene Stadt der Vielfalt und Toleranz. Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Lebensvorstellungen leben in unserer Stadt. Diese Vielfalt wird auch durch unterschiedliche Lebensweisen ausgedrückt, in den eigenen vier Wänden aber auch im öffentlichen Raum. Diese Vielfalt und das Miteinander aller Menschen in unserer Stadt zu fördern ist uns wichtig. Dabei steht für uns jedoch genauso fest, dass der individuelle Ausdruck der eigenen Lebensweise im öffentlichen Raum seine Grenze immer dann finden muss, wenn andere sich dadurch unangemessen beeinträchtigt fühlen oder die Regeln eines geordneten Zusammenlebens gestört werden. Dann muss die Gesellschaft in der Lage sein, die gesetzten Regeln auch umzusetzen und deren Einhaltung durchzusetzen.

Prävention & Repression

Die Darmstädter FDP wird den Weg der ausgewogenen Mischung präventiver und repressiver Maßnahmen konsequent weiter verfolgen.

Wir werden die erfolgreiche Arbeit des Kommunalen Präventionsrates fortsetzen. Die enge Verzahnung der Vollzugspolizei, der kommunalen Ordnungsbehörden und der sozial-präventiven Institutionen ist wesentlicher Bestandteil unserer ganzheitlichen Sicherheits- und Ordnungspolitik. Dabei setzen wir auf den Einsatz von gut ausgebildeten und professionellen Kräften. Einen flächendeckenden freiwilligen Polizeidienst lehnen wir daher ab.

Um den Einsatzkräften eine sichere Rechtsgrundlage für ihre Dienstaussübung an die Hand zu geben, werden wir die in Kraft gesetzte Gefahrenabwehrverordnung beibehalten. Die dort geschaffenen Ordnungsmöglichkeiten und Sanktionsmittel sind zur Aufrechterhaltung der

öffentlichen Ordnung insbesondere an zentralen öffentlichen Orten der Stadt (Luisenplatz, Herrngarten, Büchnerplatz, etc.) konsequent anzuwenden.

Punktuelle Videoüberwachung

Wir wollen das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in Einklang bringen mit den objektiven Gefahrenlageneinschätzungen von Landes- und Kommunalpolizei. Aus diesem Grund unterstützen wir neben dem Einsatz von Polizeikräften auch den selektiven und temporären Einsatz von Videoüberwachungsanlagen an besonderen Gefahrenschwerpunkten. Eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums lehnen wir jedoch ab.

Feuerwehr

Der Brand- und Katastrophenschutz in Darmstadt ist gut organisiert. Berufsfeuerwehr, die Freiwilligen Feuerwehren in den Stadtteilen sowie die Werksfeuerwehren und unter anderem das THW bilden ein dichtes und in höchstem Maße professionelles Sicherheitsnetz. Wir werden daher die enge Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Bereichen des Brandschutzes weiter ausbauen und fördern.

Die FDP bekennt sich zum ehrenamtlich organisierten Brandschutz und den Freiwilligen Feuerwehren als dem Rückgrat jeglichen Brandschutz- und Brandbekämpfungskonzepts. Der Freiwillige Feuerwehrdienst ist dabei keine Konkurrenz, sondern notwendige und sinnvolle Ergänzung des Berufsfeuerwehrdienstes. Daher werden wir dafür sorgen, dass den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleuten und den Berufsfeuerwehrleuten die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Ausübung ihres Dienstes zur Verfügung stehen.

Wir werden die Ergebnisse der „Zukunftswerkstatt Feuerwehr“ in einem Gesamtkonzept umsetzen, das mit einer Zielperspektive für die kommende Wahlperiode konkrete

Umsetzungsschritte festschreiben wird. Für die Stadtteilwehren werden wir bauliche Zielplanungen entwickeln und mit konkreten Umsetzungsprofilen versehen.

Wir werden das Projekt des Neubaus einer Feuerwehrwache für die Freiwillige Feuerwehr in Arheilgen fort- und umsetzen.

Für die Standortfrage der Freiwilligen Feuerwehr Innenstadt werden wir eine bauliche Zielplanung erarbeiten und in der kommenden Wahlperiode umsetzen.

Zur Stärkung der Nachwuchskräftegewinnung wollen wir die existierenden Bambini-Feuerwehren verstärkt fördern.

Arbeit der Feuerwehr stärken

Die FDP wird die Anerkennungskultur für die großartigen Leistungen der Feuerwehrmänner und -frauen stärken. Wir werden daher bestehende Programme im Bereich der Ehrenamts-Card auf Diensttätigkeiten bei der Feuerwehr ausdehnen oder aber ein gesondertes Programm schaffen, mit dem bspw. vergünstigter Eintritt in städtische Einrichtungen ermöglicht werden soll.

Datenschutz

Auch und gerade Kommunen sammeln Daten über ihre Bürger. Das Einwohnermeldeamt hat die Aufgabe, Angaben zur Person aller Einwohner zu verwalten. Wozu diese Daten verwendet werden, ist ausreichend zu kontrollieren. Als Liberale sind wir der Auffassung, dass jeder das Recht hat, über die Weitergabe seiner Personendaten selbst zu entscheiden. Auch die Weitergabe von Personendaten ohne Zustimmung der Betroffenen zu vermeintlich sozialen und karitativen Zwecke lehnen wir ausdrücklich ab.

Frauenpolitik

Das Problem, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, stellt sich in Deutschland vorwiegend für Frauen. Im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern werden junge Väter, die mehrere Monate Eltern(teil)zeit nehmen wollen, immer noch von ihren Kollegen abfällig angesehen und erleiden, genauso wie die jungen Mütter, berufliche Nachteile. Hier ist auf Betriebsebene noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, und die Kinderbetreuung nicht nur als „Sache“ der Mütter „abzutun“....

Die zugehörigen Kinderbetreuungseinrichtungen wie Krippen, Horte, betreute Grundschulen und rhythmisierte Ganztagschulen entlasten nicht nur die Eltern, sondern fördern auch die sprachliche und soziale Entwicklung und gleichen so manchen sozialen Unterschied aus und schaffen damit Chancengleichheit.

Viele berufstätige Mütter sind aufs Auto angewiesen. Der Spagat zwischen Kita (oder Seniorenbesuch) einerseits und Arbeitsstelle andererseits ist zeitlich oft nur mit dem Auto zu schaffen, insbesondere, wenn auf dem Rückweg für die Familie noch eingekauft werden muss. Daher kann eine Verkehrsentwicklung nicht nur auf Radwege und ÖPNV setzen!

Auch Parkhäuser müssen hell (jede fünfte Frau hat Gewalterfahrungen!) und geräumig genug sein; Mutter-mit-Kind-Parkplätze sind da das richtige Signal!

Leider geht körperliche Gewalt durch alle Schichten. In Darmstadt/Darmstadt-Dieburg hat sich ein „runder Tisch“ gegründet, der sich 1998 zum Netzwerk Gewaltschutz erweiterte. Auf der Basis des Gewaltschutzgesetzes arbeiten hier über 15 Gruppen zusammen, nämlich u.a. Polizei, Amtsgericht, Jugendämter, kommunale Frauenbüros, Frauenhäuser, Pro Familia, Wildwasser und Mäander, um Hilfe gegen häusliche und sexualisierte Gewalt anzubieten und durch Präventionsarbeit neue Gewalt und/oder Eskalation derselben zu verhindern. Die FDP steht für den Erhalt und Ausbau dieses Netzwerkes.

Ein neuer Lichtblick ist für Betroffene die kostenlose Ambulanz in der städtischen Frauenklinik, wo vergewaltigte Frauen ihr Leid dokumentieren lassen können, ohne gleich Anzeige erstatten zu müssen, und wo sie weitere Beratung erhalten können.

Frauen brauchen Räume, in denen sie sich ungestört treffen und austauschen können. Das Frauenzentrum in der Emilstraße bietet verschiedenen Frauengruppen und -vereinen Raum, unabhängig von ihrer Sprache, Religion, Alter, sexueller Orientierung und Beruf. Es gibt dort u.a. Kurse zum Wiedereinstieg in den Beruf, Weiterbildungskurse, Sprachkurse für Migrantinnen, Sport für Frauen mit Brustkrebs, Selbsthilfegruppen u.a.m. Dieses vielseitige, eigenverantwortliche Engagement ist weiterhin zu unterstützen.

Die Zusammenarbeit mit dem deutschen Frauenring und der Arbeitsgemeinschaft der Darmstädter Frauenverbände ist für die Darmstädter FDP selbstverständlich.

Junge Frauen brauchen Impulse, um ihre Fähigkeiten in den naturwissenschaftlichen, technischen und handwerklichen Berufen entwickeln zu können! „Mädchentage“ und Praktika in (natur)wissenschaftlichen Einrichtungen oder auch die Technikscheule sind genauso wichtig, wie die Deutschlandstipendien, die die TU Darmstadt zusammen mit Privatleuten an begabte Studentinnen vergibt.

Umweltpolitik

Darmstadt ist eine Großstadt im Grünen. Umso mehr sind alle Bürger, aber auch die politisch Verantwortlichen aufgerufen und gefordert, ökologisch bewusst zu handeln und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu pflegen.

Baumschutzsatzung

Eine funktionierende Abfallentsorgung, gepflegte Parkanlagen, sauberes Wasser und die Erhaltung und weitere Aufforstung der zum Teil erheblich geschädigten Stadtwälder sind grundlegende Ziele einer liberalen Umwelt- und Naturschutzpolitik. Unnötige Regularien, die mit Argumenten des Umweltschutzes nicht tragfähig begründet werden können und ausschließlich die Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen beschränken, sind abzuschaffen. Die FDP setzt sich daher nach wie vor für eine ersatzlose Abschaffung der bestehenden Baumschutzsatzung ein.

Bürgersolaranlagen

Die FDP unterstützt die Koordinationsbemühungen der Unternehmen der Stadtwirtschaft bei der Errichtung von Bürgersolaranlagen als ein Teil des Ausbaus der regenerativen Energien auf kommunaler Ebene. Zwangsregelungen, etwa eine Solarsatzung, lehnt die FDP jedoch strikt ab.

Darmbach

Wie in den vergangenen Jahren steht die FDP dem Projekt "Darmbach" kritisch gegenüber. Ein vorrangig ideologisches Prestigeobjekt wie die angedachte offene Trassenführung durch die Stadt und die Renaturierung in Richtung des großen Wooges dürfen nicht zum Nachteil

der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Insbesondere die mit der Offenlegung einhergehende Erhöhung der Abwassergebühren lehnen wir ab.

Emissionen

Emissionen sind in einer Großstadt noch auf absehbare Zeit unvermeidlich. Dennoch ist die Verringerung gerade des Feinstaubes ein wichtiges Ziel für eine prosperierende Stadt wie Darmstadt. Hier müssen neue Wege gegangen werden, um den innerstädtischen Verkehr nachhaltig zu senken und somit die Lebensqualität aller Bewohner zu steigern.

Durch Umweltplaketten und Umweltzone wird dies allein nicht geschehen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, den Durchgangsverkehr an der Stadt vorbei zu leiten, ohne dass dies für die Betroffenen zu einem Umweg von vielen Kilometern führt. Auch die Möglichkeiten und Anforderungen des kombinierten Verkehrs sollten in der Wissenschaftsstadt sowohl für die Beförderung von Personen wie auch von Gütern weiter ausgelotet werden. Die FDP will daher in Zusammenarbeit mit allen drei Hochschulen sowohl für Bewohner als auch für Arbeitnehmer attraktive Lösungsvorschläge initiieren.

Energiewirtschaft

Die FDP fordert die zügige Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen durch die Nutzung innovativer und zukunftsweisender Technologien. Dabei sind sachgerechte Lösungen zu implementieren, die frei von verfehlten ideologischen Leitgedanken sind. Die begonnenen Anstrengungen zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude werden wir mit Nachdruck fortführen.

Entsorgung

Die immer weiter steigende Zahl von Mülltonnen je Haushalt führt zu Unmut und Verschandelung der Wohnbezirke. Zusammen mit Pressemeldungen über mühsame Trennung des Mülls durch den Bürger und nachfolgend gemeinsamer Verbrennung mehrerer

Müllarten wird der eigene Antrieb zur Müllvermeidung und ggf. -trennung bei den Bürgern wenig gefördert. Mülltrennung sollte auf Basis tatsächlicher Erfordernisse erfolgen und die FDP wird bei künftigen „Neuerungen“ ganz besonders auf eine bessere Berücksichtigung der tatsächlichen Vorgänge und Verhältnisse, aber auch auf bessere Information der Darmstädter achten. Die FDP setzt sich für einen ganzjährigen wöchentlichen Leerungsrhythmus der Biotonnen im gesamten Stadtgebiet ein.

Städtische Grünanlagen

Die FDP unterstützt nachdrücklich Bestrebungen zur weiteren Begrünung der Stadt. Die Vorteile im Bereich Luftqualität, Lärmschutz und Verringerung der Aufheizung im Sommer erhöhen die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Arbeitsplatz. Investitionen in diesem Bereich sind nachhaltig und unbedingt vorzuziehen.

Die Durchführung einer Landesgartenschau in Darmstadt lehnen wir wegen des absehbaren finanziellen Risikos ab.

Vorschläge der Bürger sind kurzfristig umzusetzen. Eine aktive Beteiligung der Bürger fördert deren Identifikation mit der Stadt. Fehlplanungen der letzten Jahre wie die zwei Pkw-Spuren in der Rheinstraße stadteinwärts (ab Kreuzung Neckarstraße Richtung Luisenplatz) mit „zubetonierter“ überbreiter Straßenbahnspur sollten eingestanden und möglichst rasch in die Begrünungsplanung aufgenommen werden.

Hofgut Oberfeld

Im Zusammenhang mit dem Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen wird die FDP auch die Weiterentwicklung des Hofgutes Oberfeld nachdrücklich verfolgen. Dessen auf bürgerschaftlichen Engagement basierendes einmaliges Konzept, nämlich ökologische Landwirtschaft, die Erfüllen eines Bildungsauftrags im Rahmen des „Lernorts Landwirtschaft“ und darüber hinaus die Förderung behinderter

Menschen im Rahmen einer Sozialtherapie ist vorbildhaft.

Naherholung

Die Erhaltung, Pflege und Weiterentwicklung stadtnaher Erholungsgebiete wie am Steinbrücker Teich oder im Westwald hat für die FDP weiterhin hohe Priorität. Bei Neu- oder Ausbau von Verkehrsadern wie der Anbindung des „Konversionsgebiets West“ (Nathan-Hale-Depot, Kelly-Barracks) ist der Ausbau vorhandener Strecken und eine Bündelung von Verkehrsträgern zu bevorzugen. So bietet die bereits vorhandene Bahnstrecke Darmstadt – Heidelberg genügend Potential für einen weiteren Ausbau, und zusammen mit einer streckenweisen Einhausung/Deckelung im Bereich „am Kavalleriesand“ Ausbaumöglichkeiten auch für den PKW-Verkehr in Richtung Telekom-Viertel und Konversionsgebiet West.

Parkplatzmanagement

Mit der Verringerung des Parkplatzangebots lassen sich Autofahrer auch langfristig nicht aus der Stadt heraushalten. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Darmstadt dem Vorbild anderer Städte folgt und ein leicht verständliches elektronisches Parkplatzmanagement einführt. So werden Suchverkehre weitestgehend zu vermeiden und die Attraktivität des ÖPNV (Park & Ride) erhöht. Eine Gängelung von Anwohnern und Besuchern durch „Anwohnerparkzonen“, die sich letztendlich als reine Geldmacherei („Abzocke“) und selbst für die meisten Anwohner als wirkungslos herausstellen, lehnt die FDP strikt ab.